

Danziger Zeitung.



Beitung.

No 16905.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Interate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Die Veröffentlichung des Bündniss-Bertrages

zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist ein Ereignis von allergrößter Bedeutung und vielleicht dazu berufen, eine ganz neue Phase auf dem Gebiete der äußeren Politik zu eröffnen. Die Vertragsbestimmungen sowohl als die der Publication derselben beigelegte Motivierung sind in der Hauptsache schon in unserer heutigen Morgenauflage telegraphisch wiedergegeben. Bei der enormen Bedeutung jedes einzelnen Satzes in dem Aktenstücke jedoch, welches auf längere Zeit hinaus den hervorragendsten Gegenstand aller politischen Discussion darstellen wird, geben wir nachstehend noch den genauen Wortlaut wieder:

Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen derselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen derselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen. Der Text lautet:

In Erwägung, daß Ihre Majestäten der deutsche Kaiser, König von Preußen, und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als Ihre unablässige Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirkamer zu erfüllen;

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemand bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu consolidieren,

haben Ihre Majestäten

der Kaiser von Deutschland und

der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, indem Sie einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen be-

schlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der deutsche Kaiser

Allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, General-Lieutenant Prinz Heinrich VII. Reuß etc. etc.

Se. Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn,

Allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rath,

Minister des kaiserlichen Hauses und des

Kreuzern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen Andrássy von Csík-Szentkirály und Arasza-Horka etc. etc., welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befindlichen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Contrahenten eines der beiden Reiche von Seiten Russlands angegriffen werden, so sind die hohen Contrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel II.

Würde einer der hohen contrahirenden Theile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Contrahent, dem Angreifer gegen Seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Mitcontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in einem solchen Falle die angreifende Macht von Seite Russlands, sei es in Form einer activen Cooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstellt werden sollte, so tritt die im Artikel I. dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft und die Kriegsführung der beiden hohen Contrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedenschluß.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemäßigkeit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden hohen Contrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgetheilt werden.

Beide hohen Contrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Russlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlaß. Sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrthümlich erweisen, so würden die beiden hohen Contrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müßten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und Ihre Wappen beigebracht.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

H. VII. p. Reuß. Andrássy.

(L. S.) (L. S.)

Was zunächst den Inhalt des Vertrags selbst betrifft, so bestätigt er in der Hauptsache dasjenige, was darüber schon bekannt war. Der Bund ist ein defensiver und fast drei Eventualitäten ins Auge:

Erstens einen Angriff Russlands auf Deutsch-

land oder Österreich. In diesem Falle treten sofort Österreich und Deutschland in den Kampf gegen Russland ein.

Zweitens einen Angriff Frankreichs auf Deutschland; denn nur Frankreich kann mit der „anderen Macht“ im Artikel 2 gemeint sein. In diesem Falle kämpft Deutschland allein und Österreich bleibt — natürlich in wohlwollender Form — neutral.

Drittens einen Angriff Frankreichs unter Mitwirkung Russlands und sei es auch nur in Form drohender militärischer Maßnahmen. In diesem Falle ist Österreich zum sofortigen Eingreifen in den Kampf mit aller Kraft verpflichtet.

Diese kurzen, aber ernsten und klaren Abmachungen werden ein weithin hallendes Echo in Europa erwecken. In einer jeden Zweifel ausschließenden Weise wird den uns umgebenden Staaten, deren Uebelwollen die Ursache der die Welt nun schon so lange quälenden Unruhigkeiten ist, noch einmal zu Gemüthe geführt, daß eine Bedrohung des Friedens von Seiten des Bundes der Mittelmächte absolut nicht vorhanden ist. Der Welt wird der überzeugende Beweis geliefert, daß weder Deutschland noch Österreich eine Offensive planen, daß sie sich nur zu defensiven Zwecken aneinander lehnen, und daß alle die von der Seine und der Neva herrührenden Ausstreuungen, als mache die Politik der Mittelmächte russische Truppenconzentrierungen oder französische Rüstungsmaßregeln notwendig, eitel Erfindung sind.

Wenn der Artikel 3 nun die Geheimhaltung des Vertrages ausbedingt und jetzt doch die Veröffentlichung erfolgt, so ist dies nicht wohl anders als eine ernste Thatsache anzusehen, um so eher, als, nach den Schlussbestimmungen des Vertrags zu schließen, eine vertrauliche Mittheilung an den Dänen von dem Charakter der auf Russland bezüglichen Vereinbarungen schon vorausgegangen sein dürfte. Denn wenn es heißt, daß man im Falle bedrohlichen Aussehens der russischen Rüstungen den Kaiser Alexander II. vertraulich davon in Kenntniß setzen würde, so ist der Schluß berechtigt, daß auch an Alexander III. schon eine solche Mittheilung ergangen ist, ehe man zu dieser Publication coram mundo schritt. Sollte nicht vielleicht Fürst Bismarck in seiner Unterredung mit dem Jaren bei dessen letztem Besuch in Berlin die Gelegenheit wahrgenommen haben zu einem solchen vertraulichen Hinweise? Die jähige bedeutende Verstärkung derselben müßte dann freilich auch damit erklärt werden, daß der Zar sein Ohr dieser Stimme harntägig verschlossen hat und denjenigen Gehör schenkt, die die deutsch-österreichische Politik bei ihm zu verdächtigen sich gezeigt haben.

Wie dem aber auch sei — mit ungeheuerlicher Genugthuung werden die Völker Österreichs und Deutschlands die Vertragsveröffentlichung infosofern begrüßen, als ihnen endlich die authentische und aktenmäßige Runde von einem Vertrage zukommt, der über ihre Schicksale entscheidet, so daß sie, was auch kommen mag, zur Seite einen treuen Freund und entschlossenen Kampfgenossen haben. Europa kennt jetzt die Basis unserer Friedenspolitik; es wird daher auch das Versfahren derjenigen richtig zu schätzen wissen, die uns verdächtigend, selbst Unruhe stiftend, diese letzteren aber, wenn sie den festen, unerschütterlichen Entschluß der beiden

dächtigsten des Publikums in einer Gestalt blieben, die irgend nach einer Richtung mustergültig wäre, so bekämen wir ein solches Werk wie das Es-dur-Concert von Beethoven, eines der populärsten, vielleicht alle 25 Jahre ein Mal von Künstlerhand zu hören; öfter als drei Mal wird es in den Concerten der letzten 20 Jahre hier ohnehin nicht auftreten sein, und alle zwei Jahre einmal wäre das wünschenswerthe Werk. Also wir sind damit auf die verdienstvoll Fleißigen, auf die Besitzer einer großen fertigen, allseitigen Technik angewiesen, zu denen auch Herr Felix Dreyfus gehört, außerdem ohne daß ihm der Vorwurf der in seinem Beruf so leicht eintretenden Maniertheit des Vortrages gemacht werden zu begünstigen.

Will man in dieser Beziehung gerecht sein, so muß man die Zustände erwägen, in denen wir leben: es giebt in Deutschland kaum weniger als 200 Städte, in denen wie bei uns 20 bis 25 Concerte den Winter über gegeben werden; in den großen Städten beträgt die Zahl derselben in einem Monat schon doppelt so viel, so daß die Zahl zwischen 2500 und 3000 Concerten, die in Deutschland in 5—7 Monaten der Saison gegeben werden, nicht zu hoch gegriffen sein wird. Die Künstler, welche diesen Bedarf zu decken haben, zählen nach hunderten; deren, die es dahin gebracht haben, daß die Concertagenten es in ihrem Interesse finden, ihre Reisen zu arrangiren, sind nach Ausweis des Eigbergischen Musiker-Kalenders 95 Pianisten, 60 Violinvirtuosen, 23 Cellisten, zusammen 178 Instrumentalisten, abgesehen von den Trio- und Quartettgenossenschaften, ferner 129 Sopranistinnen, 36 Tenöre, 41 Baritons und Bassen, zusammen 206 Gesangskünstler, in Summa 324 concertirende Künstler. Die Blütheit oder die Reifezeit eines jeden übersteigt nicht 10 Jahre; nicht das periklesische Zeitalter, noch das der Renaissance hat in einem Jahrzehnt auch nur halb so viel Künstler von ausnehmendem Talent, von tiefer innerer Begabung hervorgebracht, geschiehe daß unsere Zeit dies vermöchte.

Sollten wir auf solche angewiesen sein, damit auch nur die anerkannten und großen Meisterwerke der musikalischen Literatur im Ge-

Kaiserstaaten seien, gemeinsam gegen jeden Angriff Gut und Blut einzusetzen, mögen sich gesagt sein lassen: dicte moniti. Lernt, ihr seid gewarnt.

Schon einmal erfolgte eine ähnliche Publication unter ähnlich gespannten Verhältnissen, wie heute. Wir meinen die Veröffentlichung des Bündnisvertrages zwischen dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten im Jahre 1867. Damals stand unheilvollend die Lugdunger Frage am westlichen Horizonte. In Frankreich waren die Chauvinisten im Begriff, den Kaiser Napoleon für den Krieg zu gewinnen, als das in Berlin den Anlaß bekanntwerden des sieben Monate lang gehaltenen Schub- und Truhbündnisses Preußens mit Baiern, Württemberg und Baden, welches im Falle eines auswärtigen Krieges die Leitung der gesamten deutschen Heeresmacht in die Hände des Königs von Preußen legte, nicht unerheblich zur Abhängigkeit des Kriegsfeindes jenseits der Vogesen beitrug. Möge die gleiche Wirkung auch jetzt hier sowohl wie in Russland, auf welches die Kundgebung in erster Linie abzielt, nicht verfehlt werden!

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Februar.

Die fünfjährige Legislaturperiode.

Dass die weitere Verhandlung des Reichstags über die Verfassungsänderung lediglich eine Fortsetzung der Auseinandersetzung zwischen den Frei-sinnigen und den Nationalliberalen sein würde, war ebenso selbstverständlich, wie es vorauszusehen war, daß die Bekämpfung des Antrags der Cartellparteien keinen Erfolg haben würde. Von dem Augenblick an, wo Vertreter der beiden conservativen und der nationalliberalen Partei den Antrag wegen fünfjähriger Legislaturperioden im Reichstage einbrachten, war die Frage praktisch beinahe schon erledigt, um so mehr, da als Antragsteller in erster Linie gerade Herr v. Bemmelen zu figuriren sich veranlaßt gefehlt hat. An der Thatsache, daß die Neuwahlen, welche regulär im Frühjahr 1890 stattfinden werden, für einen fünfjährigen Zeitraum erfolgen, ist nicht mehr zu zweifeln. Inzwischen wird die Einbringung eines ähnlichen Antrags und seitens derselben conservativ-nationalliberalen Majorität im preußischen Abgeordneten-Hause angekündigt. Diejenigen Nationalliberalen, welche die Verlängerung der Wahlperioden in Preußen deshalb beanstanden, weil die in diesem Herbst stattfindenden Neuwahlen möglicher Weise den Conservativen eine unabhängige Mehrheit verschaffen und also diesen zunächst auch den Vorteil der fünfjährigen Wahlperiode zuwenden, sind also in der Minderheit geblieben. Wozu soll man auch eine neue conservative Mehrheit fürchten, nachdem man im Umwandlungsprozeß nachgerade so weit gediehen ist, in den Conservativen die gesinnungsverwandtesten besten Freunde zu erblicken!

Das Schullastengefetz in der Commission.

Die 10. Commission des Abgeordnetenhauses begann in ihrer gestrigen Sitzung die Spezialberatung des Gesetzentwurfs betr. die Erleichterung der Volkschullasten.

Nach § 1 der Vorlage ist zur Erleichterung der nach öffentlichem Rechte zur Unterhaltung der Volkschule verpflichteten aus der Staatskasse ein jährlicher Beitrag zu der Bezahlung der Lehrer und Lehre-

Octaven hatte eine stark etüdenmäßige Physiognomie statt der in ihm liegenden vulkanischen (anfänglich dumpfen) Erregung. Dagegen kam die selten gehörte VI. Rhapsodie von Liszt auch ästhetisch zu sehr schönem Ausdruck; die phantastische Einleitung, die tiefe schwärzäugige Melodie in der Mitte, der heitere, rasche Satz mit dem fabelhaft schwierigen Octaven, die Herr Dreyfus pour l'heure de la maison ganz bewunderungswürdig spielte; bekanntlich war Alexander Dreyfus in Octaven unerreicht. Felix Dreyfus aber erreichte ihn hier.

Herr Biemissen, dem wir die erneute Bekanntmachung mit dem verdienten und excellenten Künstler aufträchtig danken, hatte Herr C. Theil mit der Capelle des 4. Regiments engagiert, um die Concerte von Weber und Beethoven zu begleiten und das Programm mit der „Genoveva“-Ouverture von Schumann und den Pièces pêcheur néapolitain und Toreadore et Andalouse von Rubinstein zu schmücken. Herr Theil bewährte sich als ausgezeichnet schwungvoller und sorgfältiger Dirigent; die Capelle hat unter seiner Leitung und umsichtigen Disciplin außerordentliche Fortschritte gemacht in Einheit, wie in Reinheit des Spiels. Die Wiedergabe der Genoveva-Ouverture wurde der Tiefe und Bedeutung des Stücks gerecht, wenn auch manche Details noch leidenschaftlicher herauskommen könnten; der pêcheur néapolitanus Rubinstein leidet in der Composition an dem Fehler, daß diese nicht aus einem Satz ist und die eigentlich tarantellenmäßigen Theile ihr natürliches Tempo einem langsamem Mittelsatz zu Liebe aufgeben müssen, so charakteristisch auch Melodik und Instrumentation sind, das Stück wurde ebenso wie die Toreadore et Andalouse musterhaft zu Gehör gebracht. Letzteres mit seinen stürmischem und jauchzenden Rhythmen errang einen da capo-Ruf, dem Folge gegeben ward.

Die Verdienste des Herrn C. Theil, die er sich durch seine Symphonie-Concerte im Schützenhaufe mit dem besseren Theil des Programms erwirkt, wurden bisher durchaus nicht nach Gebühr gewürdig.

Herr Dreyfus fand den wohlverdienten reichen Beifall und Hervorruß. C. F.

rinnen an diesen Schulen zu leisten, und zwar 1. für einen alleinstehenden, sowie für einen ersten ordentlichen Lehrer 400 Mk., 2. für einen anderen ordentlichen Lehrer 200 Mk., 3. für eine Lehrerin, sowie für einen Hilfslehrer 100 Mk. Hierbei gelangen nur voll beschäftigte Lehrkräfte zur Berechnung. Darüber, ob eine Lehrkraft voll beschäftigt ist, entscheidet ausschließlich die Schulaufsichtsbehörde. Dazu liegen 4 Abänderungsanträge vor. Der Abg. Brüel beantragt im § 1 statt der Nr. 1 bis 3 zu sehen: 1. für einen ordentlichen Lehrer 200 Mk., für eine Lehrerin und einem Hilfslehrer 100 Mk. und außerdem 2. für alle Lehrer und Lehrerinnen ein Gedächtnis ihres Dienstekommens.

Abg. Tramm beantragt dem § 1 al. 1 folgende Fassung zu geben:

Zur Erleichterung der nach öffentlichem Rechte zur Unterhaltung der Volksschulen Verpflichteten ist aus der Staatskasse ein jährlicher Beitrag zu der Bevölkerung der Lehrer und Lehrerinnen an diesen Schulen zu leisten, und zwar 1. für einen ordentlichen Lehrer 350 Mk., für eine Lehrerin sowie für einen Hilfslehrer 250 Mk.

Zwei weitere Amendements beziehen sich nur auf die Nr. 2 und 3. Frhr. v. Jedlik beantragt die Nr. 2 und 3 folgendermaßen zu fassen: 2. für einen anderen ordentlichen Lehrer und eine Lehrerin 300 Mk., 3. für einen Hilfslehrer 100 Mk. Dagegen will Abg. v. Rauchhaupt den Staatsbeitrag für einen anderen ordentlichen Lehrer von 200 auf 300 Mk. und derjenige für eine Lehrerin von 100 auf 300 Mk. erhöhen.

Das Ergebnis der umfassenden Discussion über diese Anträge war das folgende: Der Antrag Brüel wurde mit 19 gegen 8 Stimmen abgelehnt; für den Antrag stimmte das Centrum und ein Theil der Nationalliberalen. Für den Antrag Tramm stimmten nur 6 nationalliberale Mitglieder; dagegen wurde der Antrag v. Jedlik mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen. Damit war der Antrag Rauchhaupt erledigt. Der Staatsbeitrag für einen zweiten ordentlichen Lehrer soll demnach von 200 auf 300 Mk. und derjenige für eine Lehrerin von 100 auf 300 Mk. erhöht werden. Die Berathung über § 2 gelangte nicht zum Abschluss.

Die Getreideeinfuhr Deutschlands i. J. 1887 zeigt in der jetzt vorliegenden Handelsstatistik eine beträchtliche Zunahme gegen das Vorjahr. Es beruht dies indessen lediglich auf dem Umstände, daß die „Einfuhr“ der deutschen Handelsstatistik ausschließlich die zur Verzollung gebrachten Warenmengen umfaßt, und daß gerade im Monat Dezember, in Folge der Berücksichtigung, welche das neue Zollgesetz dem auf Grund früherer Lieferungsverträge eingehenden Getreide gewährt, ansehnliche Quantitäten zur Verzollung gelangt sind. Als Resultat ergibt sich, daß bei Weizen und Hafer die Einfuhr des letzten Jahres fast das Doppelte der vorjährigen Einfuhr ausmacht: bei Weizen 5 422 423 Doppelcentner gegen 2 732 798 Doppelcentner in 1886, bei Hafer 1 675 770 Doppelcentner gegen 810 307 Doppelcentner in 1886. Erheblich geringer ist die Zunahme der Verzollung bei Roggen (6 378 030 Doppelcentner gegen 5 652 651 in 1886) und bei Gerste (5 115 256 Doppelcentner gegen 3 538 956 in 1886). Bei Beurtheilung dieser Zunahme der Einfuhr darf indessen nicht übersehen werden, daß in dem vorausgegangenen Jahre 1886, unter dem Einfluß zweier guten Ernten und vorausgegangener starker Zufuhren vom Auslande, der Getreideimport Deutschlands ganz ausnahmsweise gering gewesen ist. Während 1886 nämlich von den genannten vier Getreidearten 12,7 Millionen Doppelcentner importiert wurden, betrug die Einfuhr 1883 rund 20 Millionen und 1884 rund 24 Millionen Doppelcentner. Das Jahr 1887 mit einer Gesamteinfuhr von ca. 17,5 Millionen Doppelcentner steht demnach noch immer gegen frühere Jahre sehr beträchtlich zurück.

Die Hypothekenbewegung in Preußen.

Die Ergebnisse der Ermittlungen über die Hypothekenbewegung im preußischen Staate im J. 1886/87 liegen jetzt, wie wir schon vor kurzem erwähnt haben, vollständig in einer amtlichen Veröffentlichung vor. In der Getreidepoldebatte im Reichstage sind daraus von dem landwirtschaftlichen Minister Dr. Lucius bereits einige Zahlen verwerthet worden, um sie als Symptome eines vorhandenen landwirtschaftlichen Notstandes zu behandeln; vor allem ist die Thatsache hervorgehoben worden, daß nach dieser Statistik in den ländlichen Bezirken des Staates in dem genannten Jahre an Hypotheken 624,1 Millionen Mark neu eingetragen, während nur 491 Millionen Mark gelöscht sind, so daß sich ein Überschuß der Eintragungen über die Löschungen von 133,1 Millionen Mark herausgestellt hat. Der Versuch, aus diesen Zahlen auf eine Zunahme der Verpflichtung des ländlichen Grundbesitzes zu schließen, ist zunächst durchaus zutreffend dadurch zurückgewiesen worden, daß man darauf aufmerksam gemacht, wie vielfach aus mancherlei Gründen die Löschungen selbst nach vollständiger Tilgung der Schulden unterbleiben. Aber auch der Umstand, daß diese Ermittlungen zum ersten Mal in Preußen ange stellt worden sind und bis jetzt nur für ein einziges Jahr vorliegen, sollte alle weitgehenden Schlüssefolgerungen verbieten. Das preußische statistische Bureau hat es denn auch für geboten erachtet, in seiner eigenen Publication vor solcher unrichtigen Verwertung der mitgetheilten Zahlen zu warnen. Es bemerkte darüber: „Da wir eine Statistik über die absolute Summe der vorhandenen hypothekarischen Schulden nicht besitzen, so läßt sich aus dieser einmaligen Erhebung auf den Stand und Gang der Verpflichtung direct noch kein Schluß ziehen. Ein solcher wird erst möglich sein, wenn entweder aus den Grundbüchern die ganze Summe der Eintragungen für ein bestimmtes Datum ermittelt ist, oder wenn die jährliche Hypothekenbewegung für eine längere Reihe von Jahren verfolgt sein wird. Erst dann wird sich mit größerer Gewissheit beurtheilen lassen, nach welcher Richtung hin sich dieser Prozeß bewegt, und ob in der That eine allmäßliche totale Verpflichtung zu befürchten steht oder ob den Jahren mit steigender Belastung auch andere mit stärkerer Schuldbelastung gegenüberstehen, oder ob wenigstens die steigende Belastung durch eine äquivalente Erhöhung des Grundwertes aufgewogen wird.“

Die Bevölkerung des Reichs.

Nach den neuesten statistischen Veröffentlichungen wuchs die Reichsbevölkerung im Jahre 1886 um rund 438 000 Köpfe. Da für das Jahr 1887 die natürliche Bevölkerungsvermehrung wohl ebenso hoch angenommen werden muß, so wird damit die Bevölkerung des deutschen Reichs am Anfang dieses Jahres, Januar 1888, auf 47 700 000 Einwohner gesiegen sein.

Der Bundesrat der Schweiz über Anarchisten und Socialisten.

Ein gestern von den Berner Zeitungen veröffentlichtes Communiqué des Bundesrats besagt: die Untersuchung über anarchistische und socialistische Untrübe habe im letzten Jahre begonnen; veranlaßt durch das Erkennen der Tugendschrift: „Der rothe Teufel“ habe sich dieselbe später auch auf die Organisation der deutschen Socialisten in der Schweiz sowie auf verschiedene socialistische und anarchistische Verfammlungen ausgedehnt. Als dann sei die Verhaftung von Ehrenberg, Schröder und Haupt erfolgt, so daß der Bundesrat erst am 27. v. Mts. in der Lage gewesen sei, seine Entschließungen zu fassen. Schon im Verlaufe der ersten Untersuchung habe das Justiz- und Polizeidepartement die Offizin des „Socialdemokraten“, aus welcher der „rothe Teufel“ hervorgegangen sei, zur Mäßigung des Tones ihrer Veröffentlichungen angehalten. Der Bundesrat habe diese Warnung bestätigt und verschärft.

Cassagnacs Interpellation über den Ordenshandel.

Wie aus Paris telegraphiert wird, brachte der bonapartistische Deputierte Cassagnac gestern die angekündigte Interpellation über den Ordenshandel ein. Der Justizminister Fallières erklärte sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Delaunay (Rechte) begründete die Interpellation und führte aus, daß der eigentliche Hauptschuldige in dieser Frage frei ausgegangen sei. Delaunay habe verschiedene Thatsachen hervor, wodurch bewiesen werden soll, daß das Gericht keine Freiheit der Handlung gehabt habe, sondern durch politische Intervention gelähmt worden sei. Der Deputierte Floquet protestierte gegen das Bekanntgebrachte von Aktienstück. Cassagnac forderte den Präsidenten auf, nicht in die Debatte einzutreten. Floquet seinerseits wünschte, daß Cassagnac nicht weiter im drohenden Tone spreche, welcher doch niemand erschrecke. (Beifall.) Cassagnac erwiederte, daß sei die Sprache des Wirkshauses. Floquet entgegnete, die Kammer werde die Sprache derjenigen zu schätzen wissen, welche sich Capaliere nennen. Cassagnac spielte alsdann auf den Ruf Floquets: „Die Pologne“ an, worauf Floquet sagte: Ihr Patriotismus ist die Höhe der Höflichkeit.

Da Delaunay forschte, den früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Justizminister Fallières anzuklagen, daß er sich der Verhaftung der Schuldigen widerstellt habe, rechtfertigte der Justizminister Fallières die Haltung der Regierung, welche in die Angelegenheit nur eingegriffen habe, um den Untersuchungsrichter Bignéau vom Amt zu suspendieren; sie habe indessen Bignéau keinen Befehl ertheilt, derselbe hätte Wilson verhaften lassen können, wenn er eine Schuld desselben entdeckt hätte. Der Minister rief sodann die gegen den Generalstaatsanwalt gerichteten Angriffe zurück und erklärte dieselben für Verleumdungen. Der Staatsanwalt habe kein Aktienstück bei Seite geschafft. Er glaubte, die Interpellation sollte nur bezeichnen, einen Druck auf die gerichtlichen Behörden auszuüben; wie aber auch die Entscheidung des Untersuchungsrichters ausfallen möge, jedenfalls werde dieselbe in absoluter Freiheit und nach bestem Wissen gefasst werden.

Hierauf wurde die von der Regierung acceptierte einfache Tagesordnung mit 305 gegen 175 St. angenommen.

Reichstag.

28. Sitzung vom 3. Februar.

Die erste Berathung über die Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode wird vorliegen.

Abg. Röhrer: Graf Behr stellt die dreijährige Legislaturperiode fast wie ein Stück des socialistischen Programms dar. Aber sie besteht in Preußen, so lange es eine Verfassung hat, die Krone selbst hat sie vorgeschnitten und die Landrathsaminer hat sie nicht fortgeführt. Sie stand auch von vornherein in die Verfassung des Norddeutschen Bundes und 1867 stimmte Bennigsen mit Bebel gegen die fünfjährige Dauer und Gneist und Miquel sprachen für die dreijährige nicht aus Rücksicht auf die Übergangsverhältnisse. Ihre Gründe haben auch heute noch ihre volle Bedeutung. Ich verstehe niemand Gefinnungslosigkeit vor, wenn er eine andere Ansicht erhalten hat. Es können Erfahrungen gemacht sein, welche diese Aenderung rechtfertigen. Es fragt sich nur, welcher Art diese Erfahrungen sind. Wenn man damals auf gewisse konstitutionelle Rechte verzichten konnte, so konnte man es thun, da mit die Norddeutsche Verfassung überhaupt zu Stande kam, und weil man damals noch hoffen konnte, es würde, wenn nur erst die einheitliche Verfassung geschaffen sei, die Entwicklung in liberaler Richtung nachfolgen. Heute ist die Situation leider eine ganz andere geworden. Seit der Zeit hat die Reichsregierung eine Summe von Rechten und Macht hierzu erworben, wie in keinem anderen parlamentarisch-constitutionellen Staate. Und auch die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers haben wir nicht erhalten, sondern im Gegenteil, man möchte sich fragen, ob nicht der Reichstag dem Reichskanzler verantwortlich ist. Hr. v. Bennigsen will trocken, wie er zum Schlusse seiner Rede ausführte, die bestehenden Rechte des Reichstages noch einschränken, in der Hoffnung, die zukünftige Entwicklung werde eine entsprechende sein. Es erinnerte mich dies an einen ebenfalls sehr schönen Schluss einer anderen Rede, nämlich der Miquel'schen Steuerrede. Hr. Miquel meinte, in Zukunft würden hoffentlich die Wohlhabenden mehr besteuert werden, und das sagte er zum Schlusse einer Rede, in der er das nicht wohlhabende Volk mit neuen 150 Mill. Mk. belastet wissen wollte. Hr. v. Bennigsen hat sich ferner auf die Erfahrungen in südländischen und westlichen Staaten berufen. Aber er hat dieses Argument gleich wieder zu nichts gemacht, indem er selbst sagte, daß bei uns die Krone eine ganz andere Stellung eintimmt, als in jenen Staaten. Niemand von den Herren hat uns Beweise dafür beigebracht, daß die dreijährige Wahlperiode schädlich sei. In der Bennigsen'schen Rede war das einzige sachliche Moment, es sei sehr schwer, Candidaten zu finden. Aber daran ist ja gerade nur die Diätenlosigkeit schuld, und, wie seiner Zeit hr. Miquel sehr richtig gesagt hat, dies Uebel wird bei einer fünfjährigen Periode noch schlimmer. Sie würden also noch mehr Berliner und noch mehr Borsigs-Candidaten im Reichstage haben, als bisher. Für das Abgeordnetenhaus mit seinen Diäten ist kein Candidatenmangel. Sie reden von der heile Agitation, die mit dem zu häufigen Wählen verbunden sei. Das bloße Abgeben von Stimmenzetteln allein, alle drei Jahre einmal, doch ist gewiß nichts Aufregendes. Die Bevölkerung mit der Politik ist ohnehin im Lande, abgesehen von Berlin, eine sehr schwache, und es ist ganz gut, daß der politische Sinn alle drei Jahre einmal aufgerüttelt wird. Das die Verbitterung in den Wahlkämpfen in den letzten Jahren zugenommen hat, kommt daher, daß die Nationalliberalen und Conservativen sich so stellen, als ob sie allein den Patriotismus im Lande gepacht hätten (Gehr wahr! links), als ob sie allein nationale Interessen vertreten, die Leute anderer politischer Gesinnung dagegen Reichsfreunde seien. Eine besondere Verjährung und Verbitterung ist eingetreten durch die zunehmende Einmischung der Behörden in die Wahlkämpfe (Gehr wahr! links). Noch vor 6 Jahren erklärte Fürst Bismarck, so viel an ihm als Kanzler liege, sei er der Einwirkung von Beamten auf die Wahler-

stsentschieden getreten, allerdings nicht immer mit Erfolg, da er der Ansicht sei, daß es nicht der Würde der Beamten entspreche, sich in die Wahlkämpfe zu mischen. Als im Dezember 1881 diese Frage hier zur Sprache kam, da wies hr. v. Bennigsen darauf hin, daß die Behörden die Verbitterung nicht zu schärfen, sondern zu mildern hätten, und warnte vor der Nachahmung des napoleonischen Systems (Hört hört! links). Das damals so getabte System hat sich seitdem bei uns in einer Weise entwickelt, wie es niemand ahnen kann. Heute sind in vielen Gegenden die Landräthe die eigentlich Wahlmacher und fungieren als berufsmäßige Wähler und Wahlagenten der Cartellparteien. Befürderungen, Ordensauszeichnungen sind verliehen worden dafür, daß ein Landrat es zu Stande gebracht hat, einen als eingelassenen Freisingen aus dem Kreise zu verdrängen. Bei den letzten Wahlen wurden die Landräthe von oben herab angewiesen, allerlei sog. Befehlungen zu geben über Septennat, über die Stellung des Papstes zur Centrumspartei und was weiß ich alles. Herr v. Bennigsen hat alle diese Dinge ebenso gut wie mir vor sich gesehen, aber er hat niemals ein Wort des Todes darüber verlautbart, und auch keiner seiner Parteigenossen hat jemals eine Klage darüber ausgeprochen. Die Herren haben den Ausschluß, den sie seit 1884 genommen, zum großen Theile der Beeinflussung der Behörden zu verdanken, und niemand sieht an dem Aste, auf welchem er selbst sitzt. In Hannover ist der Versuch noch gar nicht gemacht worden, wo die Nationalliberalen sicherlich ohne die Behörden. Als hr. v. Rauchhaupt seinen berühmten Husarenritt nach Hannover ausführte, da rief die ganze nationalliberale Presse in Hannover den Minister des Innern an, daß er diesem ordnungswidrigen Ritt eines untergehenen Beamten Einhaltung thue. Als Herr v. Bennigsen 1883 sein Mandat niedergelegt in einem Wahlkreise, den er seit 1867 vertreten hatte, dachte ich, die Gelegenheit sei günstig, einmal Studien über die Fertigkeit des Nationalliberalismus in Hannover zu machen, und ich bewog den einen der mir bekannten Leute, zu kandidieren, den anderen, als Führer der Agitation aufzutreten, und stieg da, auf den ersten Anlauf unterlag der Nationalliberalismus. Ein Jahr später natürlich wußten die Behörden, was sie zu thun hatten, und da gelang es mit ihrer Hilfe, diesen Wahlkreis wieder zu erobern. Viele Beispiele verbergen gute Sitten. So kann man sich nicht wundern, daß Arbeitgeber in unrechtmäßigen Beeinflussungen den Behörden nahten. Gerade nationalliberale Führer und Vertrauensmänner sind in den westlichen Provinzen, welche derart gegen ihre Arbeiter austreten. Hr. v. Bennigsen schreibt dagegen nicht ein, Gesetzesvorschläge, welche wir vorgebracht, um solchen Missbräuchen entgegen zu treten, finden auf nationalliberaler Seite keine Unterstützung. Allerdings mag man bei solchen Praktiken sich bewußt werden, daß gleichen Art und Kunststücke sich mit der Wiederholung abschwächen. Man merkt, daß solche Beeinflussungen demoralisrend wirken auf beide Theile. Eben deshalb will man sich in die Lage bringen, häufig nur alle fünf Jahre zu wählen. Aber die Wahlbewegung wird alsdann noch erheblicher werden als bisher. Durch 5-jährige Perioden glauben die Herren einen befriedigten, geschäftskundigen Reichstag zusammenzubringen. Gehr viele geschäftliche Fragen werden hier in voller Übereinstimmung und ohne Aufheben gelöst. Aber andere Fragen sollen, das ist die Bestimmung der Parlamente, im lebhaften Kampf der Rote und Gegenrotte zum Ausdruck gebracht werden, damit die Wahrheit zu Tage kommt und das Volk das neue Recht in sein Bewusstsein aufnehmen kann. Graf Behr meint, die erste Session sei jetzt nur zur gegenwärtigen Kennenlernung bestimmt, nur in der zweiten Session arbeite man und in der dritten bereite man sich auf das Auszugehen vor. Ich münsche, Sie hätten sich in der ersten Session auf das Kennenlernen beschränkt. (Gehr richtig! links.) Aber gerade in dieser haben Sie die Steuerlast des Volkes erhöht. Der Abg. Miquel sagte 1887, anknüpfend an das vom Kanzler gebrauchte Bild, daß der Reichstag nur ein Miniaturbild der Volksabstimmung sein solle, daß dieser Bild durch eine fünfjährige Wahlperiode zur Caricatur würde. Und Gneist meinte, daß es für einen Reichstag, der alzu gefüllt sei, nicht mehr zu überwinden sei, sondern die Räume, die dem Kanzler dienten, so beschränkt sind, daß er nicht mehr Platz hat. In Folge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht bloß für sich selbst, sondern auch für diejenigen, die Ihnen gegenüber stehen. In dem Augenblick, wo Sie nun über das Cartell die Rede gewesen, — Für mich hätte es der Versicherung des Hr. v. Bennigsen nicht bedurf, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären; aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen Presse zu lesen, daß wenn jetzt unter dem Aufruf der Götzerschen Stadtmission die Namen nationalliberaler Führer sich befinden, dies die innere Consequenz des Cartells sei. Bei den Berliner Communalwahlen warnte ein hervorragender Mitglied der nationalliberalen Partei davor, sich ohne Noth in die bebedürftige Gesellschaft Götzers zu begeben. Nun werden Sie nach der Zweiseelentheorie unterscheiden zwischen dem politischen Götzter und dem christlichen Sozialen; mit dem Sie jetzt Arm in Arm das Gottlose Jahrhundert in die Schranken fordern. Hr. Götzter hat nur eine Seele, die dem politischen Liberalismus ebenso feindlich ist wie dem kirchlichen. Bei der Brannensteuer gaben die Herren Miquel und v. Bennigsen die Erklärung ab, daß es genug der Steuern sei, und darauf ist die Erhöhung der Kornzölle von 20 ihrer Parteigenossen unterstützt worden. In Folge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht bloß für sich selbst, sondern auch für diejenigen, die Ihnen gegenüber stehen. In dem Augenblick, wo Sie nun über das Cartell die Rede gewesen, — Für mich hätte es der Versicherung des Hr. v. Bennigsen nicht bedurf, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären; aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen Presse zu lesen, daß wenn jetzt unter dem Aufruf der Götzerschen Stadtmision die Namen nationalliberaler Führer sich befinden, dies die innere Consequenz des Cartells sei. Bei den Berliner Communalwahlen warnte ein hervorragender Mitglied der nationalliberalen Partei davor, sich ohne Noth in die bebedürftige Gesellschaft Götzers zu begeben. Nun werden Sie nach der Zweiseelentheorie unterscheiden zwischen dem politischen Götzter und dem christlichen Sozialen; mit dem Sie jetzt Arm in Arm das Gottlose Jahrhundert in die Schranken fordern. Hr. Götzter hat nur eine Seele, die dem politischen Liberalismus ebenso feindlich ist wie dem kirchlichen. Bei der Brannensteuer gaben die Herren Miquel und v. Bennigsen die Erklärung ab, daß es genug der Steuern sei, und darauf ist die Erhöhung der Kornzölle von 20 ihrer Parteigenossen unterstützt worden. In Folge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht bloß für sich selbst, sondern auch für diejenigen, die Ihnen gegenüber stehen. In dem Augenblick, wo Sie nun über das Cartell die Rede gewesen, — Für mich hätte es der Versicherung des Hr. v. Bennigsen nicht bedurf, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären; aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen Presse zu lesen, daß wenn jetzt unter dem Aufruf der Götzerschen Stadtmision die Namen nationalliberaler Führer sich befinden, dies die innere Consequenz des Cartells sei. Bei den Berliner Communalwahlen warnte ein hervorragender Mitglied der nationalliberalen Partei davor, sich ohne Noth in die bebedürftige Gesellschaft Götzers zu begeben. Nun werden Sie nach der Zweiseelentheorie unterscheiden zwischen dem politischen Götzter und dem christlichen Sozialen; mit dem Sie jetzt Arm in Arm das Gottlose Jahrhundert in die Schranken fordern. Hr. Götzter hat nur eine Seele, die dem politischen Liberalismus ebenso feindlich ist wie dem kirchlichen. Bei der Brannensteuer gaben die Herren Miquel und v. Bennigsen die Erklärung ab, daß es genug der Steuern sei, und darauf ist die Erhöhung der Kornzölle von 20 ihrer Parteigenossen unterstützt worden. In Folge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht bloß für sich selbst, sondern auch für diejenigen, die Ihnen gegenüber stehen. In dem Augenblick, wo Sie nun über das Cartell die Rede gewesen, — Für mich hätte es der Versicherung des Hr. v. Bennigsen nicht bedurf, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären; aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen Presse zu lesen, daß wenn jetzt unter dem Aufruf der Götzerschen Stadtmision die Namen nationalliberaler Führer sich befinden, dies die innere Consequenz des Cartells sei. Bei den Berliner Communalwahlen warnte ein hervorragender Mitglied der nationalliberalen Partei davor, sich ohne Noth in die bebedürftige Gesellschaft Götzers zu begeben. Nun werden Sie nach der Zweiseelentheorie unterscheiden zwischen dem politischen Götzter und dem christlichen Sozialen; mit dem Sie jetzt Arm in Arm das Gottlose Jahrhundert in die Schranken fordern. Hr. Götzter hat nur eine Seele, die dem politischen Liberalismus ebenso feindlich ist wie dem kirchlichen. Bei der Brannensteuer gaben die Herren Miquel und v. Bennigsen die Erklärung ab, daß es genug der Steuern sei, und darauf ist die Erhöhung der Kornzölle von 20 ihrer Parteigenossen unterstützt worden. In Folge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht bloß für sich selbst, sondern auch für diejenigen, die Ihnen gegenüber stehen. In dem Augenblick, wo Sie nun über das Cartell die Rede gewesen, — Für mich hätte es der Versicherung des Hr. v. Bennigsen nicht bedurf, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären; aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen Presse zu lesen, daß wenn jetzt unter dem Aufruf der Götzerschen Stadtmision die Namen nationalliberaler Führer sich befinden, dies die innere Consequenz des Cartells sei. Bei den Berliner Communalwahlen warnte ein hervorragender Mitglied der nationalliberalen Partei davor, sich ohne Noth in die bebedürftige Gesellschaft Götzers zu begeben. Nun werden Sie nach der Zweiseelentheorie unterscheiden zwischen dem politischen Götzter und dem christlichen Sozialen; mit dem Sie jetzt Arm in Arm das Gottlose Jahrhundert in die Schranken fordern. Hr. Götzter hat nur eine Seele, die dem politischen Liberalismus ebenso feindlich ist wie dem kirchlichen. Bei der Brannensteuer gaben die Herren Miquel und v. Bennigsen die Erklärung ab, daß es genug der Steuern sei, und darauf ist die Erhöhung der Kornzölle von 20 ihrer Parteigenossen unterstützt worden. In Folge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht bloß für sich selbst, sondern auch für diejenigen, die Ihnen gegenüber stehen. In dem Augenblick, wo Sie nun über das Cartell die Rede gewesen, — Für mich hätte es der Versicherung des Hr. v. Bennigsen nicht bedurf, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären; aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen

Görlitz-Wernigerode. Nach der Rückkehr von einer Ausfahrt hatte der Kaiser noch eine längere Konferenz mit dem Minister Herrn v. Puttkamer.

△ Berlin, 3. Februar. Über das gestrige Hof-Concert im kaiserlichen Palais hören wir folgendes zur Ergänzung der zweifellos zu erwartenden Hofberichte: Die Gesellschaft zählte etwa 280 Personen. Die Diplomatie war völlig unvertreten, wenn man von einigen Mitgliedern des Bundesrats absieht, der doch in diese Kategorie nicht gehört. Der Kaiser bediente sich — ein freilich ungewohnter Anblick — beim Gehen eines Stockes, erschien indessen sonst ungemein rüstig und geistig frisch. Auch die Kaiserin nahm an der Unterhaltung lebhaft Theil. Dicht vor den concertirenden Künstlern waren drei Tische aufgestellt, an denen der Kaiser, die Kaiserin und die Frau Prinzessin Wilhelm gewissermaßen den Vorstufen führten. Neben dem Kaiser befand sich der Minister v. Puttkamer. Unter den Anwesenden befanden sich sämtliche Staatsminister mit ihren Gemahlinnen, eine große Anzahl hoher Staatsbeamter und Militärs und seitens der parlamentarischen Vertretungen Mitglieder des Reichstages und des Landtages, welche den Cartellparteien angehören. Vereinzelt waren auch Mitglieder des Centrums zu bemerken. Um 10½ Uhr war das Fest zu Ende.

△ Berlin, 3. Februar. In der am 2. d. M. unter Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung erhielt der Bundesrat dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden, und dem im Haag am 16. Novbr. 1887 unterzeichneten internationalen Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefjätern auf hoher See die Zustimmung. Die Vorlage, betreffend die Bildung einer Berufsgenossenschaft der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe für das Gebiet des Fürstenthums Reuß j. L., und der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Endlich wurde über die Zulassung von Privat-Transfällen ohne zollamtlichen Mitverschluß für Mineral-Schmiröle Beschluss gefaßt. (W. L.)

* Fürst Bismarck über die Geheimpolizei.] Eine Außerung des Fürsten Bismarck über Geheimpolizei wird gegenwärtig vielfach citirt, welche durch Poschinger aus den fünfziger Jahren bekannt geworden ist. Als damals die Herren Hindeldein und Sieber alle Tage Verschwörungen entdeckten und die Henze, Ohm, Gödike, Pierfig und Gen. ihre sattsam bekannte Thätigkeit entfalteten, machte Herr v. Bismarck, gegenüber seinem Chef, dem Minister-präsidenten v. Manteuffel, einige sehr scharfe Bemerkungen über die geheime Polizei. Er sagte:

„Der unangenehmste Bundesgenosse unserer Gegner ist der wetteifernde Ehrgeiz unserer Polizeibeamten, Verschwörungen zu entdecken und die Resultate dieser Bemühungen, sowie die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuputzen, daß man den eingeschüchterten Gemüthern im bengalischen Feuer eines ununterbrochenen Rettens der Krone und der Gesellschaft aus haarrüttelnden Gefahren erscheint.... Die Geschicklichkeit, Agenten-Berichte für Thatsachen zu halten und diese ausschwellen zu lassen, wie Faust's Pudel hinter dem Osen, ist unserer politischen Polizei im höchsten Grade eigen, und sie übt sie mit jenem bemerkenswerthen Mangel an Rücksicht auf den Glauben an die Sicherheit unserer Zustände, dessen wir zur Erhaltung unseres Credits in der auswärtigen Politik bedürfen.“

Aber mit diesen Außerungen nicht genug, schrieb Herr v. Bismarck, der heutige Kammer des deutschen Reiches, auch den epigrammatischen Satz:

„Die Polizeiagenten, aus Mangel an Stoff, lügen und übertrieben unverantwortlich.“

* [Mackenzie] ist, wie aus San Remo telegraphiert wird, bereits gestern wieder nach London abgereist.

* [Ausführung des neuen Zuckergesetzes.] Dem Unternehmen nach ist eine Commission von Sachverständigen der Zuckerindustrie und höheren Steuerbeamten in das Reichsschahamt berufen worden, um die vom Bundesrat zu erlassenden Ausführungsverordnungen zu dem im verlorenen Sommer vereinbarten neuen Zuckersteuergesetz, welches am 1. August d. J. in Kraft tritt, auszuarbeiten. Durch dieses Gesetz wird bekanntlich bei gleichzeitiger Heraffnung der Rübensteuer von 1.70 Mk. auf 0.80 Mk. per 100 Kilogr. Rüben eine Verbrauchsabgabe von 12 Mk. per 100 Kilogr. Zucker eingeführt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 3. Februar. Das Abgeordnetenhaus erledigte die Zuckersteuervorlage bis zum Paragraphen 24 und lehnte die zu den Paragraphen 1 bis 3 gestellten Anträge betreffend die Einführung der gleichen Zuckersteuerkata mit 164 Stimmen gegen 84 ab. (W. L.)

Wien, 3. Januar. Der Geh. Commerzienrat Krupp aus Essen wurde gestern von dem Erzherzog Albrecht empfangen.

Frankreich.

Paris, 3. Februar. Die Tochter des deutschen Botschafters Grafen Münster ist heute Morgen in Cannes gestorben. Graf Münster reist heute Abend dorthin ab.

Paris, 3. Februar. Der Oberst Lichtenstein begab sich heute Nachmittag im Auftrage des Präsidenten Gadi Carnot zu dem Grafen und der Gräfin Münster, um denselben anlässlich des Todes ihrer Tochter das Beileid des Präsidenten auszuprächen.

Paris, 3. Februar. Nach Mitteilungen des "Figaro" soll die italienische Regierung in der Handelsvertragsfrage Zugeständnisse gemacht haben. (W. L.)

England.

London, 3. Februar. Thomas Callan und Michael Harbins, welche angeklagt sind, sich befußt herbeiführung von Dynamitexplosionen verschworen zu haben, sind heute zu je 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden. (W. L.)

Edinburgh, 3. Februar. Die agrarischen Meuterer auf der Insel Lewis (Schottland) sind zu Gefängnis von 6 bis 15 Monaten verurtheilt worden.

Bon der Marine.

* Das Schiffsjungen-Schulschiff "Ariadne" (Commandant Capitän zur See Barandon) ist am 1. Februar c. in Dominica (Westindien) eingetroffen und beabsichtigt am 25. d. wieder in See zu gehen. — Das Kanonenboot "Cyclone" (Commandant Capitän-Lieutenant Schneider) ist am 2. Februar in Gabon (Westafrika) eingetroffen und beabsichtigt am 8. d. wieder in See zu gehen.

Hamburg, 3. Februar. Das hiesige Oberlandesgericht bestätigte heute das Urtheil der ersten Instanz in Sachen betreffend den Zusammenstoß

der Kreuzerkorvette „Sophie“ mit dem Lloyd-dampfer „Hohenstaufen“, welches den Reichsfiscus mit der Klage gegen den Norddeutschen Lloyd unter Verurtheilung des Klägers in die Kosten abgewiesen hatte. Die Veröffentlichung der Entscheidungsgründe erfolgt in etwa 14 Tagen.

Danzig, 4. Februar.

Wetterausichten für Sonntag, 5. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Meist bedeckt und trüb, mit Niederschlägen, bei frischen bis starken Winden und zunehmender Temperatur. Bielsch Nebel.

Am 5. Februar: G.-A. 7.44, G.-U. 4.45; M.-A. 1.22, M.-U. 2.39, M.-U. 2.19.

* [Sturmwarnung.] Die deutsche Seewarte hat heute Vormittag 11 Uhr folgendes Sturmwarnungstelegramm erlassen: Ein tiefses Minimum bei Wisby, ostwärts fortstreitend, macht böige, stürmische, rechtwährenden Winde wahrscheinlich. Die Rüstenstationen haben den Signalball aufzuheben.

* [Von der Weichsel.] Das gestern Abend eingetretene Thauwetter hat die sofortige Wieder-aufnahme der Eis-sprengungsarbeiten durch die Eisbrecher zur Folge gehabt. Zunächst ist heute Vormittag die wieder zugefrorene Rinne bis hinter Bohnsack freigelegt worden. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3.50 resp. 3.48 Mr.

* [Deutscher Lehrertag in Danzig.] Schon seit einiger Zeit war projectirt, den nächsten deutschen Lehrer-Tag in den großen Sommer-Ferien des Jahres 1888 nach Danzig zu verlegen. Der Centralvorstand des deutschen Lehrer-Vereins hat nun mehr Danzig zum Versammlungs-Ort für 1888 gewählt.

* [Haftbarkeit des Bankiers.] Hat ein Bankier seinem Committenten den Kauf von bestimmten Börsen-effecten empfohlen mit der Angabe, daß sie steigen werden, obwohl ihm bekannt ist, daß ein verhältnismäßig geringer Umsatz in diesen Effecten stattfinde, und dieser geringe Umsatz hauptsächlich von ihm selbst veranlaßt ist um äußerlich den Cours derselben eine Zeit lang auf einer bestimmten Höhe zu erhalten, so ist er nach einem Urtheil des Reichsgerichts vom 2. Dezember v. J. für den seinem Committenten dadurch erwachsenen Schaden haftbar.

* [Gästebuch.] Die gestrige Vorstellung der Operette „Donna Juanita“ zum Benefiz für Frau v. Weber gefielte sich zu einer großartigen Feier für dieselbe. Das völlig ausverkaufte Haus empfing die beliebte Sängerin mit dem lebhaftesten Applaus und mit viel Blumen und Kränzen, wie sie auf unserer Bühne wohl selten versammelt gewesen sein mögen. Dieselbe gute Laune des Publikums erholt sich während des Abends und ließ es die Gaben der sehr leicht geschrifteten Hände der Herren Suppe, Zell und Giese gütig aufnehmen.

2. [Feuer.] Gestern Abend 10½ Uhr war in dem Hause Breitgasse Nr. 108 der im Schornstein befindliche Flugruf in Brand gerathen. Nach Befestigung derselben kehrte die heimgerufene Feuerwehr 10½ Uhr wieder von dort zurück.

* [Marktpreise.] In der letzten Sitzung der städtischen Markt-Commission sind die Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für den Monat Januar festgesetzt worden. Darnach kosten je 100 Kilogramm: Weizen, gut 15.51 Mk., mittel 14.86 Mk., gering 14.05 Mk., Roggen, gut 11.15 Mk., mittel 10.31 Mk., gering 9.66 Mk., Gerste, gut 11.90 Mk., mittel 10.60 Mk., gering 9.10 Mk., Hafer, gut 9.61 Mk., mittel 9.10 Mk., gering nicht gehandelt. Erbsen, gelbe, zum Kochen 13.50 Mk., Speisbohnen, weiße 20 Mk., Kartoffeln 4.50 Mk., Rüschstroh 3 Mk., Krammstroh 2.50 Mk., heu 4.50 Mk. Ferner je 1 Kilogramm: Rindfleisch, von der Reule 1.05 Mk., Bauchfleisch 1.00 Mk., Schweinefleisch 1.10 Mk., Kalbfleisch 1.15 Mk., Hammelfleisch 1.10 Mk., geräucherter hiesiger Speck 1.60 Mk., Eßbutter 2.35 Mk., Weizenmehl Nr. 1 30 Pf., Roggenmehl Nr. 1 24 Pf., Brodmehl 18 Pf., Gersteingraupe 39 Pf., Gerstengräuse 35 Pf., Buchweizengräuse 50 Pf., Hirse 30 Pf., Reis (Java) 60 Pf., Kaffee (Java mittlerer roh) 2.80 Mk., Jada (gelb in gebrannten Bohnen) 3.60 Mk., Speisfaz 20 Pf., hiesiges Schweineschmalz 1.40 Mk., Eier für 60 Stück 4.00 Mk.

* [Unfall.] Die 77 Jahre alte Witwe Wilhelmine R. von hier glitt gestern Abend in der Schmiedegasse aus, fiel nieder und erlitt einen Bruch des linken Oberarmes. Sie wurde in einer Drösche nach dem Stadtpazareth in der Sandgrube geschafft und dort aufgenommen.

* [Strafkammer.] Die Arbeiterfrau Johanna Bark aus Alt-Barkofchin hatte am 26. Oktober v. J. Vormittags in ihrer Wohnung in die Nähe des Feuerherdes, auf welchem eine Pfanne mit Fett sich befand, Flachs zum Trocknen hingelegt. Das Fett wurde von dem im Herde befindlichen Feuer plötzlich in Brand gesetzt und heilte sich nun sehr schnell dem Flachs mit; dieser setzte das Insthaus in Flammen, welches total niedergebrannte. Ferner wurde eine nebenstehende Instalathie ebenfalls vollständig ein Raub der Flammen. Die Eigentümmerin dieser Räthen, Witwe Wilhelmine Mischke aus Alt-Barkofchin, hatte beide Gebäude mit 200 Mark resp. 450 Mark versichert und erhielt diese Summe auch ausgezahlt; dagegen hatten die Einwohner und die Barkofchener Eheleute selbst einen nicht unbedeutenden Verlust, da ihnen sämmtliche Wirtschaftsgärten verbrannten. Frau Bark war heute der fahrlässigen Brandstiftung angeklagt, sie wurde jedoch freigesprochen, da der Gerichtshof sich nicht überzeugen konnte, daß die Angeklagte habe annehmen müssen, daß das Fett in Brand gerathen und sich das Feuer dann dem Flachs mittheilen werde. — Des Diebstahls war die Schneiderin Auguste Gerbelle, geb. Lepinski, von hier angeklagt. Sie war am 10. Okt. v. J. bei der Witwe Alebesch als Nätherin beschäftigt. Letztere will in einem Portemonnaie in einem Schrank circa 70 Mk. ausweisen gehabt haben. Frau A. bekundet, daß die Angeklagte am genannten Tage zwischen 6 und 7 Uhr Abends während welcher Zeit sie nach der Post gegangen war, allein im Zimmer gewesen sei und daß sie am nächsten Tage bemerkt habe, daß ihr 50 Mk. aus dem Portemonnaie entwendet waren; kein anderer als die Angeklagte könne den Diebstahl begangen haben. Da bei der heutigen Beweisaufnahme sich jedoch herausstellte, daß in dem betreffenden Zimmer auch noch andere Personen gewesen sind, so erschien die Annahme der Bestohlenen denn doch so zweifelhaft und es erfolgte daher in dieser Sache gleichfalls Freispruch.

* [Polizei-Bericht den 4. Februar.] Verhaftet: Ein Geschafter, 1 Schuhmacher, 3 Jungen, 2 Mädchen wegen Diebstahls, 9 Obschläge, 2 Bettler, 2 Betrunkenen, 2 Dirnen. — Gestohlen: 1 Hut, 1 Stock.

* Die Referendarien Gehrt und Lich im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Marienwerder sind zu Rechts-Assessoren ernannt worden.

Y Thorn, 3. Februar. Heute fand hier selbst ein Kreistag statt. Einzigster Gegenstand der Tagesordnung war die Beratung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem neugebildeten Kreis Briesen. Die dazu vom Kreisausschusse gemachten Vorschläge und aufgestellten Berechnungen wurden in volle Angenommen. Nach der Berechnung auf Grund des Staatssteuersolls hat der neue Kreis Briesen von den Schulen des Kreises Thorn im Betrage von 1.147.775 Mk. die Summe von 121.112 Mk. zu übernehmen. Von den vorhandenen 112.391 Meter Chausseen bekommt der Kreis Briesen 20.591 Meter, welche in seinen Grenzen liegen, und übernimmt deren Unterhaltung vom 1. April d. J. ab. Von dem Aktivvermögen von 30.000 Mk. erhält der Kreis Briesen 3.168 Mk. Die Auseinandersetzung über den Chausseeaufonds kann erst nach Vollendung der im Bau begriffenen Chausseen erfolgen. — Die hiesige Polizei-Verwaltung hat eine neue

Verordnung über die Beleuchtung der Treppen und Stufen erlassen, welche dieselbe jedem Hausbesitzer vom Eintritt der Dunkelheit bis 10 Uhr Abends zur Pflicht macht.

* Wie man der „Tgl. Rdsch.“ mittheilt, wurde für die Königsberger Universität als Nachfolger des nach Berlin übersiedelnden Geh. Rath Feliz Dahm Professor Gareis aus Siegen berufen. Derselbe hat den Ruf angenommen und wird seine Vorlesungen im Sommerhalbjahr eröffnen.

Görlitz, 2. Februar. Die im Dezember v. J. stattgehabte Wahl des hiesigen Pfarrers Stolze zum Pfarrer an der hiesigen evangelischen Kirche ist vom Consistorium in Danzig bestätigt worden.

■ Bromberg, 3. Februar. Als gestern Nachmittag der Mittelschullehrer Panke an der hiesigen Bürgerschule in einer der oberen Klassen Unterricht ertheilte, verspürte er plötzlich in einem Auge einen stechenden Schmerz. Gleich darauf war es ihm, als jöge sich über das Auge ein dichter Schleier, der ihn am Gehen verhinderte — er war auf dem Auge vollständig erblindet. Der sofort zu Rath gezeigte Arzt constatierte eine Verkrüppung des Netzhauts des betreffenden Auges.

* Zum Falle Martens erhält der „Ges.“ aus einer Ortschaft bei Inowrajlaw folgendes Schreiben: „Wenn Herr Apotheker Geher in dem Auftrage in der pharmazeutischen Zeitung sagt, ihm sei die Mittheilung zugegangen, die Mutter des Vergifteten habe auf dem Sterbebette dem Geistlichen bekannt, an dem Tode ihres Sohnes selbst Schuld zu sein, so ist ihm eine durchaus falsche Nachricht geworden, und seine Veröffentlichung ist geeignet, die Sache mehr zu verdunkeln als aufzuklären. Die Mutter des Vergifteten, eine Müllerfrau in L., lebt und hat seit jenem Falle auch nicht auf dem Sterbebette gelegen und dem Geistlichen kein Geheimnis gemacht.“

* Dem Regierungs- und Baurath Suche, Abtheilungsdirigent bei der kgl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg, und dem Eisenbahn-Director Graef, Mitglied der dortigen Eisenbahn-Direction, ist der Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen worden.

Schiffs-Nachrichten.

Bremen, 2. Februar. Die Abbringung des bei Rüggenböbing gefrandeten deutschen Dampfers „Dakota“ soll unmöglich sein.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Februar. (Privat-Tel.) Die Wein-Commission des Reichstages nahm vorläufig den Antrag Bürklin an, monach Wein mit einem Zusatz von reinem Zucker in wässriger Lösung bei der Hauptährung nur als „verzuckert“ in den Handel gebracht werden darf.

Berlin, 4. Februar. (Privatelegramm.) Die Weingesch-Commission des Reichstags nahm heute mit 11 gegen 8 Stimmen den Declarationszwang für jeden Zusatz an. Derselbe findet auf Mouilliren jedoch keine Anwendung.

Wien, 4. Februar. (W. L.) Das „Fremdenblatt“ führt aus, niemand könne sich der Erkenntniß verschließen, daß die beiden Regierungen von Deutschland und Österreich durch die Veröffentlichung des Friedensbundes vor allem die Entwaffnung der durchaus grundlosen Anschuldigungen und die Verhügung der Gemüther anstreben.

London, 4. Februar. (W. L.) Die „Times“ sieht in der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Vertrages einen Zwischenfall von ernsterster Bedeutung. Es fragt sich jetzt, ob die Veröffentlichung einen klugen Rückzug oder einen entschlosseneren Vorgehen Russlands veranlassen werde. — Der „Standard“ betrachtet die Veröffentlichung als eine ernste Mahnung.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 4. Februar.

Ers. v. 3.

Wheat, gelb	14% ruff. Anl. 80	76.60	77.10
April-Mai	163.00	167.00	132.60
Juni-Juli	173.00	172.00	84.70
Roggen			85.00
April-Mai	122.70	121.70	137.00
Juni-Juli	126.70	125.70	138.20
Petroleum pr.	200 tk	25.50	189.50
loci			190.50
Riböl	25.50	25.50	180.60
April-Mai	46.10	46.10	173.75
Sept.-Okt.	46.60	46.40	174.60
Spiritus	99.70	99.80	88.50
4½% Consol.	100.40	1	

Die heutige Börse eröffnete in schwächer Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf speculativen Gebiet. Die von den fremden Börsenplänen vorliegenden Tendenzmeldungen laufen gleichfalls ungünstiger, aber keine besondere geschäftliche Anregung dar. Im Verlauf des Verkehrs mache sich hier bei nachdem Angebot ganz allgemein eine Erinnung der Stimmung bemerkbar, ohne daß zu den wechselnden Notierungen der Börse keinerlei Anregung gewann. Der Kapitalmarkt erwies sich fast für heimische solide Anlagen, während fremde, seines Zins tragende Papiere der Hauptstädte entsprechend matt lagen. Die Kassanerthe der übrigen Geschäftszweige waren gleichfalls vielfach schwächer bei mäßigen Umläufen. Der Privat-Discount wurde mit 1½ % Gd.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,70
do. do.	3½	100,70
Konsolidirte Anleihe ..	4	107,10
do. do.	3½	101,25
Staats-Schuldscheine ..	3½	100,30
Oktroy, Prog.-Oblig.	4	104,00
Weltw. Prog.-Oblig.	4	—
Landw. Centr.-Pfdbr.	4	102,40
Oktroy, Pfandbriefe ..	3½	98,80
Pommersche Pfandbr.	3½	99,40
do. do.	4	—
Bosnische neue Pfdbr.	4	103,00
do. do.	3½	99,60
Weitw. Pfandbriefe ..	3½	99,00
do. neue Pfandbr.	3½	99,20
Bonn. Rentenbriefe ..	4	104,50
Böhm. Rentenbriefe ..	4	104,50
Breisgau. do. ..	4	104,50
Ausländische Fonds.		
Deffert. Goldrente ..	4	86,75
Deffert. Papier-Rente ..	5	—
do. do.	4½	—
do. Silber-Rente ..	4½	64,00
Ungar. Eisenb.-Anleihe ..	5	100,00
do. Papierrente ..	5	66,00
do. Goldrente ..	4	78,20
Ung. Okt.-Pr. 1. Em. ..	5	76,20
Ung. Engl. Anleihe 1870 ..	5	98,50
do. do. 1871 ..	5	90,60
do. do. 1872 ..	5	90,60
do. do. 1873 ..	5	92,50
do. do. 1875 4½	84,60	—
do. do. 1877 ..	5	98,00
do. Rente 1880 ..	4	77,10
do. Rente 1883 ..	5	105,80
Russ. Engl. Anleihe 1884 ..	5	90,85
do. Rente 1884 ..	5	83,20
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	52,50

Russ. 3. Orient-Anleihe	5	52,20
do. Stieg. 5. Anleihe	5	—
do. do. 6. Anleihe	5	84,70
Ruß. Poln. Schatz-Obl.	4	83,90
Pöhl. Liquidat.-Pfdbr.	4	48,36
Braunsch. Pr. Anleihe ..	—	97,40
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	105,30
Italienische Rente ..	5	94,10
Rumänische Anleihe ..	6	104,00
do. fundierte Anl.	5	100,50
do. amort. do.	5	91,90
Türk. Anleihe von 1868 ..	1	13,75
Gerbisch Gold-Pfdbr.	5	82,25
do. Rente ..	5	77,15
do. neue Rente ..	5	75,25

Hypotheken-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfdbr.	4	—
do. do. do.	3½	—
Östl. Grundb.-Pfdbr.	4	101,70
Gamb. Hyp.-Pfdbr.	4	102,50
Meiningen Hyp.-Pfdbr.	4	101,80
Nordd. Grdbr.-Pfdbr.	4	101,70
Pomm. Hyp.-Pfdbr.	5	114,10
2. u. 4. Em.	5	100,60
1. Em.	5	107,70
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	100,75
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	116,20
Aachen-Maastricht ..	49,40	17½
Berl.-Dresd. ..	—	4
Mainz-Lubiniashof ..	102,90	3½
Marienb.-Mlanck-St.-A.	52,20	5¼
do. do. St.-Pr.	108,25	5
Nordhausen-Erfurt ..	—	2
do. do. St.-Pr.	104,00	5
Ostpreu. Lubinabahn ..	73,00	—
Göttinger Nat.-Hypoth.	5	103,50
do. St.-Pr.	103,90	1½
Gaaf.-Bahn St.-Pr. ..	51,90	—
do. St.-A.	107,70	3½
Stargard-Posen ..	105,20	4½
Weimar-Gera gar.	25,50	—
do. St.-Pr.	87,10	2½

Hypotheken-Pfandbriefe.

Ung. Hypoth.-Pfdbr.	4	—
do. do.	4½	—
do. Silber-Rente ..	5	100,00
do. Papierrente ..	5	66,00
do. Goldrente ..	4	78,20
Ung. Engl. Anleihe 1870 ..	5	98,50
do. do. 1871 ..	5	90,60
do. do. 1872 ..	5	90,60
do. do. 1873 ..	5	92,50
do. do. 1875 4½	84,60	—
do. do. 1877 ..	5	98,00
do. do. 1880 ..	4	77,10
do. Rente 1883 ..	5	105,80
Russ. Engl. Anleihe 1884 ..	5	90,85
do. Rente 1884 ..	5	83,20
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	88,80
Russ. Central-do.	5	72,00

Berliner Fondsbörse vom 3. Februar.

noth. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien bei abgeschwächter Notiz, mäßig lebhaft; Franzosen und Lombarden schwach behauptet, andere österreichische Bahnen sowie Gotthardbahn schwächer aber ruhig. Von den fremden Fonds waren russische Anleihen und Noten weitgehend, ungarische Goldrente und Toleranz abgeschrägt. Deutsche und preußische Staatsfonds niemlich fest und in normalem Verkehr. 4% inländische Eisenbahnen Obligationen mehr gefragt. Bankaktien lagen schwach. Industrienapiere theilweise schwächer und im allgemeinen ruhig. Montanwerthe nach schwächerer Eröffnung bestätigt. Inländische Eisenbahnen schwächer.

† Dissen vom Staate gar.	Div. 1886.	Bank- und Industrie-Aktionen.
Gothaer Rassen-Verein	77,30	5
Gotthardbahn ..	116,25	3½
Königr. Rud. Bahn.	71,90	4½
Cittig-Limburg.	15,75	—
Deffert.-Fran. St.	—	3½
Nordwestbahn ..	61,30	—
do. Lit. B.	—	3½
Stettiner.-Paribub.	58,75	3,81
Franz. Staatsbahnen ..	115,10	—
Großherz. Bank.	98,50	6½
do. Westb.	32,70	—
do. Hypoth.-Bank.	133,00	5,29
Wartschau-Wien ..	131,00	15

Ausländische Prioritäts-Aktionen.		
Gotthard-Bahn ..	107,10	—
Thür. Oderb. gar. j.	79,80	—
do. do. Gold-Pr.	102,40	—
Pr. Kronpr.-Rudolf-Bahn	72,10	—
Deffert.-Fr. -Staatsb.	79,40	—
Nordwestbahn ..	85,00	—
do. Elbtalb.	82,90	—
Görlitzer B. Comb.	58,00	—
do. do. Gold-Pr.	102,10	—
Breit-Grajewo ..	83,20	—
Charhow-Ajowit rit.	90,25	—
Gursk-Charkow ..	88,00	—
Gursk-Aiem ..	83,00	—
Mosk.-Kialan ..	88,10	—
Mosk.-Smolensk ..	88,20	—
Robinsk.-Pologone ..	80,75	—
do. do. 1. B. Omnis. gesell.	179,50	10
Gr. Berlin. Überdebach.	266,00	11½
do. B. Vappen-Fabrik	97,50	5

Disconto-Commando .. 190,40 10

Gothaer Gründcr. Bk. 56,80 —

Hamb. Commerz. Bk. 120,00 6½

Hannöversche Bk. 113,60 6

Königgr. Vereins-Bank 106,70 6

Lübecker Comm. Bank 92,20 8½

Magdeb. Privat-Bank 113,75 4½

Meiningen Hypoth.-Bk. 100,00 10

Norddeutsche Bk. 150,50 7

Pr. Cred.-Anstalt 8,12

Pr. Dresd. -Boden-Cred. 114,50 5½

Pr. Centr.-Boden-Cred. 109,10 5½

Pr. Elbtalb. 135,75 4

Pr. Görlitz. 82,90 8½

Pr. Südb. -Boden-Cred. 139,50 6½

Dukaten .. —

Gouvern. —

20-Francs-Gt. —

Imperials per 500 Gr. —

Dollar .. 20,38

Englische Banknoten .. 89,75

Frankösche Banknoten .. 150,80

Deutschreiche Banknoten .. 150,80

Gilbergulben .. 174,60

Russische Banknoten .. 174,60

Wilhelmshütte .. 103,50

Oberschles. Eilenb.-B.: 63,00

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Singer (Goc.): Die Annahme des Antrages nach unserer Ansicht den Werth des allgemeinen Wahlrechts illusorisch, das so schon so sehr herabgedrückt ist durch die unerhörten Wahlbeeinflussungen, wie sie im letzten Jahre vorgekommen sind. Die ruhigere Entwicklung, die die Herren (rechts) sich von der Verlängerung der Wahlperiode versprechen, bedeutet nichts, als eine Stagnation der parlamentarischen Verhältnisse. Wenn das Volk Einfluss auf die Entwicklung der Dinge behalten soll, muß es recht oft befragt werden; aus diesem Grunde haben wir früher den Antrag auf Verkürzung der bis jetzt bestehenden Wahlperiode eingebrochen. Das Volk hat ein außerordentliches Interesse daran, daß Maßregeln, wie die vorgeschlagenen, die nur das Vorspiel weiterer Beschränkungen sind, verhindert werden; für das Volk ist das Wählen keine Belästigung, der Wahltag ist ihm ein Feiertag, an dem einmal das Bewußtsein der Menschenwürde, das Recht, auf die Geschicklichkeit des Landes einen Einfluß auszuüben, bei dem Arbeiter zum Durchbruch kommt. Das allgemeine Wahlrecht wird zur Farce, wenn die Wahlen in so großen Zwischenräumen vollzogen werden, daß eine lebendige Controle der gesetzgebenden Arbeit durch das Volk nicht mehr möglich ist. (Beifall bei den Goc.)

Abg. Windhorst: Die Herren von der Cartellpartei sind über die Ziele, die sie verfolgen, recht schweigsam gewesen. Nur hr. v. Bennigsen hat vorgestern sich mit einer Bestimmtheit über den Zweck des Cartellbündnisses ausgesprochen. Ich nehme an, daß er seine Erklärung auch für sämtliche Parteigenossen ohne Ausnahme abgegeben hat und constatire mit Befridigung, daß er das allgemeine, directe, geheime Wahlrecht nicht angetastet wissen will. Wesentlich anders schon lauteten die Ausführungen der Vertreter der anderen Parteien. Die Art und Weise, wie diese sich über die geheimen Wahlen äußerten, war in keiner Weise ausreichend, sie haben nicht mit Bestimmtheit gesagt, daß sie an dem allgemeinen, directen, geheimen Wahlrecht festhalten, und das ist um so bezeichnender, weil die ganze Vergangenheit der betreffenden Parteien das Gegenteil annehmen läßt. (Oho! rechts. Gehr richtig! links.) Ich habe schon darauf hingewiesen, daß hr. v. Puttkamer im preußischen Abgeordnetenhaus mit großer Bestimmtheit erklärt hat, daß von Seite der preußischen Regierung Vorbereitungen getroffen werden, um beim Bundesrat Anträge auf Abänderung des allgemeinen directen und geheimen Wahlrechts zu stellen. Die Aeußerung des Ministers ist zu keiner Zeit von der Regierung zurückgenommen oder beanstandet worden, sie besteht also auch heute noch, und da die Cartellparteien im wesentlichen darauf angewiesen sind, die Regierungen zu unterstützen, so darf man wohl annehmen, man würde auch diese Erklärung des hrn. v. Puttkamer einzulösen bereit sein. Und was ist denn der Inhalt der sehr lebendigen Erörterungen, die wir hier in den vorigen Sessions mit hrn. v. Hellendorf gehabt haben? Derjelbe hat zum Verdrüsse eines großen Theils seiner Parteigenossen in den Vorjahren wiederholt darauf hingedeutet, daß hier Veränderungen nothwendig seien. hr. v. Bennigsen sieht also, in welch gefährlicher Gesellschaft er sich befindet. (Heiterkeit.) Ich habe mich überzeugt, daß man die Wahlperiode nicht zu lange machen darf, damit das Volk Gelegenheit hat, etwaige Fehler bei seiner Wahl bald wieder gut zu machen, und ich würde von diesem Standpunkte es nicht ungern sehen, wenn etwa jetzt durch eine Auflösung des Reichstages die Meinung des Volkes erforscht werden könnte. Wir haben gehört, daß hr. v. Bennigsen den weiteren Marsch der Herren v. Hellendorf und v. Puttkamer nicht mitmachen will. Das mag uns in Bezug auf seine Person beruhigen. Wir stehen aber im übrigen einer

mächtigen Coalition gegenüber, welche das Fundament des deutschen Reiches, das allgemeine directe Wahlrecht, das Budgetrecht abändern will. Diese Rechte will ich vertheidigen gegen jedermann, auch gegen die Conservative, denen man einen solchen Einbruch in die Verfassung nicht zutrauen sollte. (Beifall im Centrum.)

Die Discussion wird geschlossen.

Jur Geschäftsordnung bemerkte Abg. Kräcker (Goc.): Ich beantrage, diese Vorlage an eine Commission zu verweisen, und zwar deshalb, weil die Mehrheitsparteien es vorgezogen haben, trotz dieses so weit gehenden von ihnen gestellten Antrages durch ihr Nichtdasein zu glänzen. Ich stelle diesen Antrag, um zu erfahren, ob das Haus überhaupt beschlußfähig ist.

Abg. v. Bennigsen (persönl.): hr. Richter hat meinen Wahlkreis in den Kreis seiner Erörterungen gezogen. Mein alter Wahlkreis ist allerdings einmal verloren gegangen; nachdem aber die Wähler die Agitation und die Politik der Herren kennen gelernt haben, haben sie niemals wieder einen Fortschrittsmann in Hannover gewählt. Wenn hr. Richter ferner mich aufgefordert hat, dahin zu wirken, daß Verkehrsverhältnisse anderer Parteien und ihrer Führer nachließen, so kann ich mich zunächst darauf berufen, daß ich selber nie in dieser Weise einem politischen Gegner entgegentreten bin; ich bin aber auch bereit, künftig in der Richtung zu wirken, wenn mich hr. Richter in dem Bestreben, für Gerechtigkeit beim Gegner zu sorgen, auch seinerseits unterstützen will. Endlich ist mir vorgeworfen, ich hätte abweichend von allem, was man hätte erwarten können, zu seinem und anderer Menschen Staunen und Entsetzen die Stöcker'sche Berliner Stadtmission mit meiner Unterschrift unterstützt. Dem gegenüber weise ich darauf hin, daß ich einen Aufruf unterzeichnet habe, der sich richtet auf die Unterstützung der Missionen in sämtlichen größeren preußischen Städten, der ausgeht von allen Richtungen der evangelischen Kirche, die zu einer gemeinsamen Liebesthätigkeit auf diesem Boden aufgefordert waren, auf dem allerdings die geistige und physische Notth groß genug ist, daß auch ein liberaler Mann, kirchlich und politisch liberal, was ich bin und immer gewesen bin, sehr wohl mit anders Denkenden, in der evangelischen Kirche auf einem anderen Boden stehen kann, zusammenwirken kann. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Hellendorf (conf.): bestreitet, daß seine Partei-freunde in Bezug auf Verfassungsänderungen und natürlich hinsichtlich des allgemeinen geheimen directen Wahlrechts eine andere Stellung einnehmen als die Nationalliberalen. Ueber die Beseitigung der Verfassung sei nichts verabredet worden, und auch über die Frage des Wahlrechts sei seit Jahr und Tag nicht verhandelt worden.

Ein Antrag des Abg. Rickert, die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen, wird abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten; die zweite Berathung findet also demnächst im Plenum statt.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Börsen-Depeschens der Danziger Zeitung.

Hamburg, 3. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 165 bis 170. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 122 bis 128, russischer loco ruhig, 90 bis 96. Hafer still. Gerste still. Rüböl matt, loco 47.00. — Spiritus matt per Februar-März 22½ Br., per März-April 22½ Br., per April-Mai 23 Br., per Mai-Juni 23½ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Gdt. Petroleum behpt. Standard white loco 7.40 Br., 7.30 Gdt., per August-Dezember 7.35 Br. — Wetter: Schnee.

Hamburg, 3. Februar. Zuckermarkt. Rübenzucker 1. Product, Basis 88° Rendem, frei an Bord Hamburg per März 15.20, per April 15.30, per November 13.00, per Dezember 13.00. Gehr fest.

Bremen, 3. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.) Feij, Standard white loco 7.70 bez.

Hamburg, 3. Februar. Kaffee good average Santos per März 63½, per Mai 62½, per Septbr. 59½, per Dezember 58½. Ruhr.

Havre, 3. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 77.00, per Mai 76.50, per August 73.75, per Deibr. 72.00. Behauptet.

Frankfurt a. M., 3. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Action 213½. Lombarden 65½. Galizier 154½. Aegyptier 74.30, 4% ungar. Goldrente 77.40. Gotthard-Bahn 113.00. Disconto-Commandit 186.80, 3% portugiesische Staatsanleihe 59.50. — Schluss bestätigt.

Wien, 3. Februar. (Schluß-Course.) Defferr. Papierrente 77.75, do. 5% do. 92.75, do. Gilberrente 79.75, 4% Goldrente 108.00, do. ungar. Goldr. 96.45, 5% Papierrente 82.95, 1854er Loope 130.75, 1860er Loope 134.25, 1864er Loope 166.00. Creditloose 176.50, ungar. Brämenloose 118.50. Creditaktion 268.10. Franzosen 211.50. Lombarden 82. Galizier 191.50. Lemb.-Gern. 208.00. Paribus 147.75. Nordwestbahn 152.50. Elbethalb. 156.50. Kronprinz-Rudolfsbahn 178.00. Böh. West. — Nordbahn 2465.00. Unionbank 190.50. Anglo-Aust. 99.75. Wiener Bankverein 82.75, ungar. Creditaktion 269.50. Deutsche Bläcke 62.17½. Londoner Wechsel 126.70. Pariser Wechsel 50.20. Amsterdamer Wechsel 105.15. Napoleons 10.02. Dukaten 5.97. Marknoten 62.17½, russ. Banknoten 1.08½. Gilbercoupons 100.00. Länderbank 205.00. Tramwan 213.00. Tabakaction 69.50.

Amsterdam, 3. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Terme niedriger, per März 190, per Mai 191. Roggen loco unveränd., do. auf Terme geschäftlos, per März 104, per Oktober 108. Rüböl loco 27½, per Mai 25½, per Herbst 25½.

Antwerpen, 3. Februar. (Schlußbericht.) Weizen slau. Roggen ruhig. Hafer willig. Gerste fest.

Anmerpen, 3. Februar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Enpe weih, loco 19½ bez. 19½ Br., per März 19 bez. und Br., per April-Juni 18½ Br., per Sept.-Dez. 18½ bez., 18½ Br. Siegeld.

Paris, 3. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per Februar 23.30, per März 23.60, per März-Juni 23.90, per Mai-August 24.10. Roggen ruhig, per Februar 14.10, per Mai-August 14.60. Mehl ruhig, per Februar 51.30, per März 51.60, per März-Juni 52.10, per Mai-August 52.60. Rüböl fest, per Febr. 54.25, per März 54.25, per März-Juni 54.25, per Mai-August 54.25. Spiritus behauptet, per Febr. 47.00, per März 47.25, per März-April 47.25, per Mai-August 48.00. — Wetter: Kalt.

Paris, 3. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 85.20, 3% Rente 81.55, 4½% Anleihe 106.75. Italien. 5% Rente 93.77½, österreichische Goldrente 87.4% ungar. Goldrente 77½, 4% Russen de 1880 — Franzosen 422.50. Lomb. Eisenbahnaction 178.75. Lombard. Prioritäten 288.00. Convert. Türken 14.20. Türkensloose 35.60. Credit mobilier — 5% Spanier 67½. Banque ottomane 503.75. Credit foncier 1376. 4% unific. Aegyptier 375.00. Gwei-Action 2100. Banque de Paris 750.00. Banque d'escompte 456.00. Wechsel auf London 25.24½. Wechsel auf deutsche Bläcke (3 Mt.) 123½, 5% privil. türk. Obligationen — Panama-Action 285. Rio Tinto 556.25.

London, 3. Februar. An der Küste angeboten 2 Weizen-ladungen. — Lhaumwetter.

London, 3. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 12.500. Gerste 8210. Hafer 92.080 Ort. Gämmlige Getreidearten ruhig. Weizen nominell zu leichten Montagspreisen. Mehl und Hafer slauer, russischer Hafer ruhig, fest. Überige Artikel stetig.

Petersburg, 3. Februar. Wechsel London 3 Mt. 116.60, do. Berlin 3 Mt. 57.35, do. Amsterdam 3 Mt. do., 96.75. Parisis 3 Mt. 46.00, 1½-Imperials 9.28, russ. Brämenanleihe de 1864 (gestift.), 264½, russ. Brämen-Anleihe de 1866 (gestift.) 247½, russ. Anleihe de 1873 166½, do. 2. Orientanleihe 97½, do. 3. Orientanleihe 97½, do. 6% Goldrente 194½, Große russ. Eisenbahnen 267½, Kursk-Aktien-Action 336½, Petersburger Discontobank 714. Marichauer Discontobank — russ. für auswärt. Handel 283. Petersburger intern. Handelsbank 474, neue 4% innere Anleihe 82½. Petersburger Privat-Handelsbank 390. 4½% russ. Bodenpfandbriefe 153½. Privatdiscont 6½%. Petersburg, 3. Februar. Produktemarkt. Tals loco 48.50, per August 49.00. Weizen loco 13.00. Roggen per Juni-Juli 5.50. Hafer loco 3.80. Hanf loco 45.00. Leinsaat loco 13.50. — Wetter: Frost.

New York, 2. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95, Wechsel auf London 4.83½, Cable Trans-

fers 4.86. Wechsel auf Paris 5.22½, 4% fund. Anleihe 18.177 126½. Erie-Bahn-Akt. 27½. New York-Central-Aktien 107½. Chic.-North-Western-Akt. 109. Lake-Shore-Akt. 92½. Centr.-Pacific-Aktien 31. North-Pacific-Preferred-Aktien 45½. Louisville- und Nashville-Aktien 60½. Union-Pacific-Aktien 55½. Chic. Milw. u. St. Paul-Aktien 75½. Reading- und Philadelphia-Aktien 60½. Wabash-Preferred-Aktien 27. Canada-Pacific-Eisenbahn-Aktien 57½. Illinois-Centralbahn-Aktien 120½. Erie Second Bonds 98½. — Waaren-Bericht. Baumwolle in New York 10%, do. in New Orleans 9½, raff. Petroleum 70% Abel Zeit in New York 7½ Gd., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum in New York — D. G. C. Pipe line Certificats — D. 90 C. Zucker (Fair refining Muscovades) 5. Kaffee (Fair Rio) 18. Rio Nr. 7 low ordinary per April 12.42, do. do. per Mai 12.17. Schmalz (Wilcox) 7.90, do. Fairbanks 8.10, do. Rohe u. Brothers 7.90. Speck — Kupfer pr. Februar 16.55. Getreidefracht 1½.

Productenmärkte.

Königsberg, 3. Februar. (v. Portarius u. Grothe.) Weizen per 1000 Rilosgr. hochbunter 127½ 149.50, 128½ 153, bsp. 145.75, 130½ 154, 131½ 155.25 M. bei., bunter 127½ bez. 141, 130½ 145.75, russ. 112½ ger. 88, 117½ 113, 118½ 112, 119½ blsp. 105, 120½ blsp. 108, 123½ 117, 120, 124½ blsp. 108, 128½ 124½ 129½ blsp. 119, 130½ ausm. 125 M. bei., rother 130½ 154, 131½ 155.25 M. bei. — Roggen per 1000 Rilosgr. inländ. 110½ 85, 111½ 96.25, 112½ 97.50, 116½ 93.75, 117½ 93.75, 118½ 96.75, 119½ 98, 120½ 99.25, 100.121½ 101.25, 122½ 102.50, 124½ 104.25, 105, 125½ 105.50, 106.25, 123½ 107.50 M. bei., russ. ab Bahn 118½ 69, 119½ 70, 121½ 72, 122½ 73, 123½ 74, 124½ 175, 125½ 76 M. bei. — Gerste per 1000 Rilos große 24.50, 95.50 M. bei., kleine 91.50 M. bei. — Hafer per 1000 Rilosgr. 90, 96, 98, 100 M. bei. — Erbsen per 1000 Rilosgr. weiße 97.75, russ. 82, 84, 85, 95.50 87 M. bei., graue 95.50 M. bei. — Bohnen per 1000 Rilosgr. 113.25 M. bei. — Wicken per 1000 Rilosgr. 95.50, 96.50, 97.75 M. bei. — Leinsaat per 1000 Rilosgr. feine russ. 134.25, 137 M. bei., mittel russ. 120, 120, 124.25 M. bei. — Spiritus per 10.000 Liter % ohne Fak. loco contingent 49½ M. Gd., nicht contingent 30½ M. Gd., per Februar contingentirt 49½ M. Gd., nicht contingentirt 30½ M. Gd., per Frühjahr contingentirt 51½ M. Gd., nicht contingentirt 32 M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Viehmarkt.

Berlin, 3. Februar. (Gärt. Central-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direction.) Am heutigen kleinen Freitagsmarkt standen zum Verkauf: 263 Künder, 1044 Schweine, 1060 Räuber, 454 Hammel. — Von den Kündern wurden etwa 50 Stück geringer Qualität zu bisherigen Preisen umgesetzt. — Der Schweinemarkt verlor unter Beibehaltung der Preise vom letzten Hauptmarkt ziemlich rege und wurde leicht geräumt. Ia. Ware war nicht am Platze. — Auch im Räuberhandel wurden ungefähr die am Montag notirten Preise erzielt. Der selbe gestaltete sich ruhig und hinterlich keinen Uebertand. 1. Qual. 42—52, 2. Qual. 32 bis 40 Pfsg. per ½ Fleischgewicht. — Hammel blieben ohne Umsatz.

Wolle.

Berlin, 2. Februar. (Wochenbericht der Nat.-Btg.) Das Geschäft war auch während der letzten 8 Tage recht belebt, die Stimmung gut und Preise mit einer leichten Aufwärtseignung. Der Absatz in deutschen Wollen mag ca. 2500 Ctr. Baumwoll- und Stoffwollen und 1000 Ctr. Schmutzwollen betragen, Preise 130—135 Mk. und einzeln darüber. Schmutzwollen um Mitte 50er Mark; auch in Capwollen war lebhafte Verkehr.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und wissenschaftliche Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Gemüse- und Obstgut, — den lokalen und provinziellen Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Instrumentaltheil: E. W. Seemann, sämmtlich in Düsseldorf.

Liebe's Nahrungsmittel in löslicher Form (J. Paul Liebe, Dresden), das bekannte Liebig'sche Guppenextract für Säuglinge, sichert nach 20jähriger Erfahrung deren normale Entwicklung. Originalflaschen in den Apotheken: Lager: Apotheke Heil, Geißgasse 25, Alsfelder-, Adler-, Elephanten-, Löwen-, Rath-Apotheke.